

Interkulturelles Maßnahmenprogramm – Maßnahmenempfehlungen‘ Ausschusscheck - Stand Juli 2015

A. Maßnahmenempfehlungen

- mit hoher und mittlerer Priorität, die bereits umgesetzt werden und deren Finanzierung aus dem lfd. Budget erfolgt,
- sowie Maßnahmenempfehlungen zu deren Umsetzung seitens der Fachausschüsse eine ‚hohe Priorität‘ entschieden wurde und die keiner zusätzlicher Finanzmittel bedürfen, bzw. bei denen die Verwaltung aufgefordert ist, zum gegebenen Zeitpunkt einen Sachstandsbericht vorzulegen.

Aus- schus- s/ lfd. Nr.	Thema	Maßnahmenempfehlung der Ex- pertengruppen Februar 2014	Bewertung der Verwaltung + ggfls. zur Umsetzung erforderli- che Finanzmittel Sommer 2014	Beschluss des Integrationsrates im Rahmen der Vorberatung Jahreswechsel 2014/2015	Maßnahmenempfehlung – Beschluss des inhaltlich zustän- digen Fachausschusses Jahreswechsel 2014/2015
AVR 1	Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in den städtischen Ausbildungsmarkt	Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in den städtischen Ausbildungsmarkt	Wird bereits umgesetzt Es ist vorgesehen, die Qualifizierungsmaßnahmen für jugendliche Migrantinnen und Migranten fortzusetzen um auch künftig sicherstellen zu können, dass mehr Jugendliche mit Migrationshintergrund in ein Ausbildungsverhältnis bei der Stadt Köln übernommen werden können. Die Mittel zur Durchführung der Maßnahme sind weiterhin bereit-zustellen: 13.000,-- € je Maßnahme für max. 25 Jugendliche zzgl. 25.000,-- € Personalkosten.	Maßnahme ist fortzusetzen und dem Fachausschuss und dem Integrationsrat hierüber bis Ende 2015 zu berichten.	Maßnahme ist fortzusetzen und dem Fachausschuss und dem Integrationsrat hierüber bis Ende 2015 zu berichten.
AVR 2	Culture-Fair-Tests für Jugendliche	Culture-Fair-Tests für Jugendliche (lernfähigkeitsgestützte Korrektur von Testnoten bei Migrantinnen und Migranten)	Wird bereits umgesetzt Es ist auch künftig vorgesehen, Jugendlichen mit Migrationshintergrund hiermit bessere Chancen bei der Bewerbung um einen Ausbildungsplatz einzuräumen. Vorbehaltlich der weiteren Systemkompatibilität keine relevanten zusätzlichen Kosten.	Maßnahme ist fortzusetzen und dem Fachausschuss und dem Integrationsrat hierüber bis Ende 2015 zu berichten.	Maßnahme ist fortzusetzen und dem Fachausschuss und dem Integrationsrat hierüber bis Ende 2015 zu berichten.

Ausschusscheck der A-Maßnahmen – Stand Juli 2015

Aus- schus- s/ lfd. Nr.	Thema	Maßnahmenempfehlung der Ex- pertengruppen Februar 2014	Bewertung der Verwaltung + ggfls. zur Umsetzung erforderli- che Finanzmittel Sommer 2014	Beschluss des Integrationsrates im Rahmen der Vorberatung Jahreswechsel 2014/2015	Maßnahmenempfehlung – Beschluss des inhaltlich zustän- digen Fachausschusses Jahreswechsel 2014/2015
AVR 3	Städtische Mitarbeitende sollen ihre Sprachkompetenzen im eigenen Arbeitsbereich einsetzen dürfen	Werbung dafür, dass städtische Mitarbeitende ihre Sprachkompetenzen im eigenen Arbeitsbereich einsetzen dürfen und sollen.	Wird bereits umgesetzt Bereits in den letzten Jahren haben sich engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereit erklärt, ihre Sprachkompetenzen aufgabenübergreifend zur Verfügung zu stellen und bieten noch heute ihre Unterstützung an (soweit keine beglaubigte Übersetzung durch vereidigte Übersetzer erforderlich ist). Ein aktueller Hinweis hierzu kann nochmals im Intranet eingestellt werden.	Der IR beschließt eine Änderung der Bewertung der Verwaltung in ‚Hohe Priorität‘. Die Verwaltung wird aufgefordert darauf hinzuwirken, dass städtische Mitarbeitende ihre vorhandenen Sprachkompetenzen aktiv einsetzen, falls erforderlich.	Der AVR (26.01.15) folgt dem Beschluss des IR: „Die Verwaltung wird aufgefordert darauf hinzuwirken, dass städtische Mitarbeitende ihre vorhandenen Sprachkompetenzen aktiv einsetzen, falls erforderlich.“
AVR 7	Formulierung von Standards für eine diskriminierungsfreie Sprache in der Stadtverwaltung	Formulierung von Standards für eine diskriminierungsfreie Sprache; Umsetzung der Standards in Verwaltung und kommunalen Medien.	Nicht erforderlich Der Ausdruck von Unterscheidungen ist funktionaler Bestandteil der Sprache (schwarz-weiß, alt-jung, weiblich-männlich), so dass sich eine vermeintlich diskriminierende Sprache wohl nicht vermeiden lässt. Gleichwohl werden die Bestimmungen des AGG beachtet und durch eine möglichst differenzierte Ausdrucksweise bei allen städtischen Dienststellen angestrebt, vorzunehmende Unterscheidungen so zu formulieren, dass sie nicht als benachteiligend oder klischeehaft empfunden werden. Weitergehende Festlegungen sind nicht sinnvoll und für die städtischen Dienststellen auch nicht erforderlich.	Der IR beschließt eine Änderung der Bewertung in ‚Hohe Priorität‘. „Die Verwaltung wird beauftragt, Standards zur sprachlichen Sensibilisierung der Verwaltungsmitarbeitenden zu entwickeln. Diese Standards müssen den städtischen Beschäftigten in geeigneter Form vermittelt werden.“	Der AVR (26.01.15) folgt dem Beschluss des IR und beauftragt die Verwaltung, Standards zur sprachlichen Sensibilisierung der Verwaltungsmitarbeitenden zu entwickeln. Diese Standards müssen den städtischen Beschäftigten in geeigneter Form vermittelt werden.
AVR 8	Generelle Aufnahme der Quer-	Generelle Aufnahme der Querschnittsthematik ‚Interkulturellen Kompetenz‘ bei städtischen Fortbil-	Nicht erforderlich Die Seminarangebote sind so konzipiert, dass sie eine möglichst	Der IR beschließt eine Änderung der Bewertung in ‚Hohe Priorität‘. „Die Verwaltung wird beauftragt,	Der AVR (26.01.15) folgt dem Beschluss des IR und beauftragt die Verwaltung, dafür Sorge zu tragen,

Ausschusscheck der A-Maßnahmen – Stand Juli 2015

Aus- schus- s/ lfd. Nr.	Thema	Maßnahmenempfehlung der Ex- pertengruppen Februar 2014	Bewertung der Verwaltung + ggfls. zur Umsetzung erforderliche Finanzmittel Sommer 2014	Beschluss des Integrationsrates im Rahmen der Vorberatung Jahreswechsel 2014/2015	Maßnahmenempfehlung – Beschluss des inhaltlich zustän- digen Fachausschusses Jahreswechsel 2014/2015
	schnittsthe- matik ‚Inter- kulturellen Kompetenz‘ bei städti- schen Fort- bildungsan- geboten	dungsangeboten z.B. im Bereich Kommunikation, Gleichstellung, Führungskompetenz etc.	große Interessengruppe anspre- chen, mögliche Redundanzen ger- ing gehalten werden und der Zeit- aufwand für den Seminarbesuch im Interesse der Beschäftigten und Dienststellen überschaubar bleibt. Daher ist die Vermittlung interkultu- reller Kompetenzen bei den zentra- len Fortbildungsangeboten durch ein spezielles Angebot platziert. Eine generelle Ergänzung anderer Seminarangebote um das Thema interkulturelle Kompetenz, das mit einem Mindestmaß an Qualität nicht nebenbei bearbeitet werden kann, führt alleine schon zu verlän- gerten Seminarzeiten und damit höheren Kosten analog AVR 5.	dafür Sorge zu tragen, dass alle städtischen Mitarbeitenden im Rahmen ihrer Fortbildungen auch mit dem Thema Interkulturelle Kompetenz vertraut gemacht wer- den.“	dass alle städtischen Mitarbeiten- den im Rahmen ihrer Fortbildungen auch mit dem Thema Interkulturelle Kompetenz vertraut gemacht wer- den.
AVR 9	Erhebung des Anteils von Mitarbei- terinnen und Mitarbeitern mit Zuwanderungs- geschichte in der Stadt- verwaltung	Erhebung des Anteils von Mitarbei- terinnen und Mitarbeitern mit Migra- tionshintergrund in der Stadtverwal- tung: Durchführung einer freiwilligen Beschäftigtenbefragung zur Zuwanderungsgeschichte als Da- tengrundlage zur Begleitung des Prozesses der IKÖ, ggfls. mit Un- terstützung der Studierenden der FHöVw. ggfls. Erweiterung der Abfrage um Diversity- Gesichtspunkte.	Nicht erforderlich Es ist davon auszugehen, dass sich kein belastbarer und als Arbeits- grundlage dauerhaft verwertbarer Anteil ermitteln lassen wird, was erforderlich wäre, um den für die Erhebung erforderlichen erheblichen Personal- und Sachaufwand zu rechtfertigen. Eine Umsetzung der nach Einschätzung der Fach- verwaltung nicht zielführenden Maßnahme würde jährlich immerhin zusätzliche Personalkosten i. H. v. 55.700 € durchschnittlich zuzüglich Sachaufwand i. H. v. 10.000 € er- fordern. Da Personal und Sachmittel für	Der IR beschließt eine Änderung der Bewertung der Verwaltung in ‚Hohe Priorität‘ „Die Verwaltung wird beauftragt, die Erhebung durchzuführen. Es wird darauf hingewiesen, dass diese Art der Befragung bereits bei der Lan- desverwaltung NRW und einer Vielzahl von Städten durchgeführt wurde. Eine Umsetzung ist z.B. durch eine zentrale Abfrage per Mail und Nutzung der technischen Antwortmöglichkeiten, sowie an- schließender Auswertung durch Studierende der Fachhochschule öffentliche Verwaltung müsste kos- tengünstig möglich sein.“	Der AVR (26.01.15) beschließt: „Die Verwaltung wird beauftragt dem AVR darzulegen, ob und wie eine valide Erhebung des Anteils städtischer Beschäftigter mit Migra- tionshintergrund in einer für die Stadt Köln kosten- und ressourcen- neutraler sowie mit dem Daten- schutzrecht zu vereinbarenden Art und Weise vorgenommen werden kann. Beispielhaft ist hier an eine Erhebung bzw. Auswertung durch Studierende und Hochschulen im Rahmen von wissenschaftlichen Projekt- und Abschlussarbeiten zu denken.“

Ausschusscheck der A-Maßnahmen – Stand Juli 2015

Aus- schus- s/ lfd. Nr.	Thema	Maßnahmenempfehlung der Ex- pertengruppen Februar 2014	Bewertung der Verwaltung + ggfls. zur Umsetzung erforderliche Finanzmittel Sommer 2014	Beschluss des Integrationsrates im Rahmen der Vorberatung Jahreswechsel 2014/2015	Maßnahmenempfehlung – Beschluss des inhaltlich zustän- digen Fachausschusses Jahreswechsel 2014/2015
			diese freiwillige Aufgabe nicht zur Verfügung stehen, wird von der Fachverwaltung kein weiterer Handlungsbedarf gesehen.		
AVR 10	Verstärkte Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund; Interkulturelle Kompetenz als Kriterium bei städtischen Stellenbesetzungsverfahren	Der Anteil der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in der Stadtverwaltung sollte dem stadtgesellschaftlichen Anteil entsprechen; verstärkte Einstellung von Mitarbeiter/innen / Auszubildenden mit Migrationshintergrund in der Stadtverwaltung. Städtische Ausschreibungen und Stellenbesetzungsverfahren sind so zu gestalten, dass interkulturelle Kompetenz zu einem Kriterium der Stellenvergabe wird.	Nicht erforderlich Die Einstellung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfolgt im Leistungsbestenverfahren. Festlegungen, die generell eine verstärkte Einstellung von Bewerberinnen und Bewerbern mit Migrationshintergrund vorgeben, können daher nicht befürwortet werden. Im Übrigen würde eine derart selektive Regelung auch im Widerspruch zu den gesetzlichen Bestimmungen stehen. Die Auswahlverfahren sind grundsätzlich auf die jeweiligen Anforderungen am Arbeitsplatz ausgerichtet. Wenn die Aufgabenwahrnehmung besondere interkulturelle Kenntnisse und Fähigkeiten erfordert, gehören diese zum Anforderungsprofil. Eine Auswahlentscheidung erfolgt nach dem Grundsatz der Bestenauslese unter Berücksichtigung der fachlichen/ methodischen und der sozialen/ persönlichen Kompetenzen, eine generelle und ggf. weitergehende interkulturelle Ausrichtung der Auswahlverfahren ist nicht angezeigt.	Der IR beschließt eine Änderung der Bewertung der Verwaltung in ‚Hohe Priorität‘. „Die Verwaltung wird aufgefordert, die Kriterien des städtischen Stellenbesetzungsverfahrens so zu gestalten, dass dem ethnisch-demografischen Wandel der Stadtgesellschaft Rechnung getragen wird und sich dieser Wandel mittelfristig auch bei den Beschäftigten der Stadtverwaltung widerspiegelt. Die Verwaltung wird aufgefordert, Interkulturelle Kompetenz als Kriterium beim Stellenbesetzungsverfahren einzuführen. Die Argumentation der Verwaltung, lediglich dann interkulturelle Kenntnisse und Fähigkeiten zu verlangen, wenn dies die Aufgabenwahrnehmung erfordert, ist nicht nachvollziehbar, da zwischenzeitlich interkulturelle und fremdsprachige Kompetenzen in fast allen Verwaltungseinheiten (insbesondere in Bereichen mit Publikumsverkehr) von hohem Nutzen sind.“	Der AVR (26.01.15) beschließt: „Die Verwaltung wird aufgefordert, interkulturelle Kompetenz als Kriterium beim Stellenbesetzungsverfahren für Tätigkeiten mit erhöhten Bürgerkontakten einzuführen, soweit dies rechtlich möglich ist.“

Ausschusscheck der A-Maßnahmen – Stand Juli 2015

Aus- schus- s/ lfd. Nr.	Thema	Maßnahmenempfehlung der Ex- pertengruppen Februar 2014	Bewertung der Verwaltung + ggfls. zur Umsetzung erforderliche Finanzmittel Sommer 2014	Beschluss des Integrationsrates im Rahmen der Vorberatung Jahreswechsel 2014/2015	Maßnahmenempfehlung – Beschluss des inhaltlich zustän- digen Fachausschusses Jahreswechsel 2014/2015
GA 3	Sicherstel- lung, dass alle Angebo- te des Ge- sundheitsam- tes Kölner/- innen mit Zuwande- rungsge- schichte ansprechen	Sicherstellung, dass alle Angebote des Gesundheitsamtes Kölner/-innen mit Zuwanderungsgeschichte ansprechen und erreichen können (z.B. auch durch mehrsprachige Gesundheitsinformationen und deren Verteilung z.B. im Rahmen von ‚Eltern willkommen‘ etc.)	Wird bereits umgesetzt Informationsmaterial zu unterschiedlichen Themen und in unterschiedlichen Sprachen wird im Gesundheitsamt bereits vorgehalten. Neben der Sprachkompetenz der beratenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen seit Herbst 2012 zwei SprachmittlerInnen für Rumänisch und Bulgarisch für die Beratungen zur Verfügung.	Maßnahme ist fortzusetzen und dem Fachausschuss und dem Integrationsrat hierüber bis Ende 2015 zu berichten.	Maßnahme ist fortzusetzen und dem Fachausschuss und dem Integrationsrat hierüber bis Ende 2015 zu berichten.
GA 9a	Runder Tisch Gesundheit für Flüchtlinge			„Der Integrationsrat beauftragt die Verwaltung, einen Runden Tisch zur medizinischen Versorgung von Flüchtlingen einzurichten. Dieser Runde Tisch soll in regelmäßigen Abständen sowohl die allgemeinmedizinische Grundversorgung als auch die Facharztversorgung inkl. psychiatrischer und psychotherapeutischer Behandlungsformen beraten.“	
JHA 1	Konsequente Interkulturelle Öffnung des schulpsycho- logischen Dienstes	Konsequente Interkulturelle Öffnung des schulpsychologischen Dienstes z.B. durch mehrsprachige Mitarbeiter/-innen. Sicherstellung einer bedarfsgerechten Sprachkompetenz. Vernetzung der Herkunftssprachenlehrkräfte und der Lehrkräfte der Seiteneinstiegsklassen mit dem schulpsychologischen Dienst.	Wird bereits umgesetzt Es erfolgt bereits eine intensive Kooperation mit den Kolleginnen und Kollegen der Familienberatung innerhalb von 5110 i. R. der Fachgruppe Interkulturelle Kompetenzen. Kooperation des Schulpsychologischen Dienstes i. R. des Flüchtlings- und Zuwanderungskonzeptes des Dezernates IV. Maßnahme erfolgt im lfd. Geschäft der Verwaltung und im Rahmen des lfd. Bud-	Maßnahme ist fortzusetzen und dem Fachausschuss und dem Integrationsrat hierüber bis Ende 2015 zu berichten.	Maßnahme ist fortzusetzen und dem Fachausschuss und dem Integrationsrat hierüber bis Ende 2015 zu berichten.

Ausschusscheck der A-Maßnahmen – Stand Juli 2015

Aus- schus- s/ lfd. Nr.	Thema	Maßnahmenempfehlung der Ex- pertengruppen Februar 2014	Bewertung der Verwaltung + ggfls. zur Umsetzung erforderliche Finanzmittel Sommer 2014	Beschluss des Integrationsrates im Rahmen der Vorberatung Jahreswechsel 2014/2015	Maßnahmenempfehlung – Beschluss des inhaltlich zustän- digen Fachausschusses Jahreswechsel 2014/2015
			gets. Im Rahmen der Fluktuation erfolgt zusätzlich eine Fokussierung auf interkulturelle Kompetenzen bei Wiederbesetzungen.		
JHA 2	Bewerbung eines frühen KiTa Besuches	Bewerbung eines frühen KiTa Besuches im Rahmen „Frühe Hilfen Köln“.	Wird bereits umgesetzt Umsetzung erfolgt im lfd. Geschäft der Verwaltung. Bei stärkerer Inanspruchnahme von Kita Plätzen allerdings höherer Platzbedarf.	Maßnahme ist fortzusetzen und dem Fachausschuss und dem Integrationsrat hierüber bis Ende 2015 zu berichten.	Maßnahme ist fortzusetzen und dem Fachausschuss und dem Integrationsrat hierüber bis Ende 2015 zu berichten.
JHA 3	Anwerbung von Pflegeeltern mit Zuwanderungsgeschichte.	Anwerbung von Pflegeeltern mit Zuwanderungsgeschichte. Aufnahme der Interkultureller Kompetenz bei den Schulungen.	Wird bereits umgesetzt Umsetzung erfolgt im lfd. Geschäft der Verwaltung. Bei der Akquise von Pflegeeltern werden Pflegeeltern mit Zuwanderungsgeschichte angesprochen und berücksichtigt.	Maßnahme ist fortzusetzen und dem Fachausschuss und dem Integrationsrat hierüber bis Ende 2015 zu berichten.	Maßnahme ist fortzusetzen und dem Fachausschuss und dem Integrationsrat hierüber bis Ende 2015 zu berichten.
JHA 6	Verstetigung von ‚Rucksack‘ in Kita	Ausweitung Rucksack: Vorschlag einer Verstetigung von ‚Rucksack‘ in Kita + Primarstufe nach Beendigung von Mülheim 2020 im Rahmen der Ergebnisse der Evaluation. Ausweitung auf weitere Sprachen.	Hohe Priorität s. Ratsvorlage 2242/2014, Rat 30.09.14 (Finanzierung bis Ende 2016 gesichert)		
KuKu 1	Darstellung der jüngsten Zuwanderungsthematik in der Stadtgeschichte z.B. im Stadtmuseum	Angemessene Darstellung der jüngsten Zuwanderungsthematik in der Stadtgeschichte ans Stadtmuseum u.a. in Kooperation mit Domid (Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e.V.). bei der Neukonzeption des Museums nach dessen Generalsanierung.	Hohe Priorität Umsetzung erfolgt im lfd. Geschäft der Verwaltung Das Thema Migration/Integration ist für viele historische Museen (auch das Stadtmuseum) in den letzten Jahren zu einem wichtigen Aspekt geworden. Migration und Integration sind Konstanten, die für eine Stadt wie Köln schon seit 2000 Jahren zum Alltag gehören. Die Geschichte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist im KSM nicht präsent. Das Stadt-		

Ausschusscheck der A-Maßnahmen – Stand Juli 2015

Aus- schus s/ lfd. Nr.	Thema	Maßnahmenempfehlung der Ex- pertengruppen Februar 2014	Bewertung der Verwaltung + ggfls. zur Umsetzung erforderliche Finanzmittel Sommer 2014	Beschluss des Integrationsrates im Rahmen der Vorberatung Jahreswechsel 2014/2015	Maßnahmenempfehlung – Beschluss des inhaltlich zustän- digen Fachausschusses Jahreswechsel 2014/2015
			museum steht vor einer Generalsanierung und Neuinszenierung, so dass für die neue Dauerausstellung sowohl die Einbindung des Themas in der chronologischen Präsentation als auch ein spezieller Themenraum Migration geplant ist. Es wird weiterhin versucht, das Thema in Sonderausstellungen zu berücksichtigen.		
SuW 1	Ausweitung von 'Eltern willkommen' zur Elterninformation	Nutzung der „Ressource Eltern“ und Ausweitung deren Mitbestimmungs- und Gestaltungsmöglichkeiten; Entwicklung einer systematischen Elternarbeit; Schulung von Elternvertretern für eine Mitarbeit in schulischen Gremien. Ausweitung von 'Eltern willkommen' zur Elterninformation: Entwicklung einer Handreichung für Schulen zu ‚Eltern willkommen‘ (Entwicklung von Elternabenden im Modulsystem); Strukturelle Einbeziehung der Schulsozialarbeit.	Wird bereits umgesetzt Umsetzung erfolgt im lfd. Geschäft der Verwaltung. Für das Angebot „Eltern willkommen“ wird aktuell ein neues, der Forderung der Expertengruppe entsprechendes Format entwickelt. Sie soll Lehrkräften und SchulsozialarbeiterInnen an Grundschulen zur Verfügung stehen, Die Handreichung ‚Eltern willkommen‘ befindet sich in der Abstimmung mit der Schulaufsicht.	Maßnahme ist fortzusetzen und dem Fachausschuss und dem Integrationsrat hierüber bis Ende 2015 zu berichten.	Maßnahme ist fortzusetzen und dem Fachausschuss und dem Integrationsrat hierüber bis Ende 2015 zu berichten.
SuW 2	Interkulturelle Öffnung der Volkshochschule	Vermehrte Interkulturelle Öffnung der Volkshochschule durch zusätzliche mehrsprachige Informationen auch zu Angeboten in der Kulturellen Bildung und der Gesundheitsbildung sowie kontinuierliche Erhöhung des Anteils der Dozierenden mit Migrationshintergrund.	Wird bereits umgesetzt Umsetzung erfolgt im lfd. Geschäft der Verwaltung im Rahmen des Budgets. Das Amt für Weiterbildung hat bereits zahlreiche Maßnahmen umgesetzt und informiert in mehreren Sprachen über Angebot und Beratung. Der Anteil an Lehrenden mit Migrationshintergrund konnte insbesondere im Bereich Sprachen	Maßnahme ist fortzusetzen und dem Fachausschuss und dem Integrationsrat hierüber bis Ende 2015 zu berichten.	Maßnahme ist fortzusetzen und dem Fachausschuss und dem Integrationsrat hierüber bis Ende 2015 zu berichten.

Ausschusscheck der A-Maßnahmen – Stand Juli 2015

Aus- schus- s/ lfd. Nr.	Thema	Maßnahmenempfehlung der Ex- pertengruppen Februar 2014	Bewertung der Verwaltung + ggfls. zur Umsetzung erforderliche Finanzmittel Sommer 2014	Beschluss des Integrationsrates im Rahmen der Vorberatung Jahreswechsel 2014/2015	Maßnahmenempfehlung – Beschluss des inhaltlich zustän- digen Fachausschusses Jahreswechsel 2014/2015
			gesteigert werden.		
SuW 3	Erhalt und Etablierung des Zentrums für Mehrsprachigkeit und Integration (ZMI)	Erhalt und Etablierung des Zentrums für Mehrsprachigkeit und Integration (ZMI); Sicherstellung der Weiterfinanzierung des ZMI im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2015 ff.	Wird bereits umgesetzt Umsetzung erfolgt im lfd. Geschäft der Verwaltung Insbesondere die Förderung der Mehrsprachigkeit der Kölner/-innen mit Migrationshintergrund, wird durch die Sicherstellung einer Weiterfinanzierung (institutionen-, bildungsabschnitts- und sprachenübergreifend) verankert und ausgeweitet. Im Haushaltsplan 2013/ 2014 sind für 2014 insgesamt 80.500 € veranschlagt. Mittel in gleicher Höhe werden zur Sicherstellung der Arbeit des ZMI ab 2015 ff benötigt und sind bei der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt.(0,5 Stelle städtische Geschäftsführung ZMI werden mit 25.000 € p.a. vom Land NRW bezuschusst)		
SuW 4	Unterstützung der Elternarbeit zur Berufsorientierung durch eine strukturelle Einbeziehung der Migrantenorganisationen	Unterstützung der Elternarbeit zur Berufsorientierung durch eine strukturelle Einbeziehung der Migrantenorganisationen	Wird bereits umgesetzt; Umsetzung erfolgt im lfd. Geschäft der Verwaltung. eine Reihe Interkultureller Zentren verfolgt in Köln seit Jahren einen aktivierenden Ansatz der Elternarbeit, der sich auch und gerade um den Übergang Schule/Beruf kümmert. 5001/1 unterstützt die interkulturellen Akteure in diesem Ansatz. Eine Koordination der schulischen Partner kann durch -40- initiiert werden.	Maßnahme ist fortzusetzen und dem Fachausschuss und dem Integrationsrat hierüber bis Ende 2015 zu berichten.	Maßnahme ist fortzusetzen und dem Fachausschuss und dem Integrationsrat hierüber bis Ende 2015 zu berichten.

Ausschusscheck der A-Maßnahmen – Stand Juli 2015

Aus- schus- s/ lfd. Nr.	Thema	Maßnahmenempfehlung der Ex- pertengruppen Februar 2014	Bewertung der Verwaltung + ggfls. zur Umsetzung erforderliche Finanzmittel Sommer 2014	Beschluss des Integrationsrates im Rahmen der Vorberatung Jahreswechsel 2014/2015	Maßnahmenempfehlung – Beschluss des inhaltlich zustän- digen Fachausschusses Jahreswechsel 2014/2015
SuW 5	Ausweitung Rucksack: Vorschlag einer Verstetigung von ‚Rucksack‘ in der Primarstufe	Ausweitung Rucksack: Vorschlag einer Verstetigung von ‚Rucksack‘ in Kita + Primarstufe nach Beendigung von Mülheim 2020 im Rahmen der Ergebnisse der Evaluation. Ausweitung auf weitere Sprachen. Kosten: 64.000,- €/Jahr zur Verstetigung von 15 im Rahmen von ‚Mülheim 2020‘ begonnenen Gruppen in KiTa und Primarstufe (s.a unter JHA6)	Hohe Priorität; Die Projektziele von Rucksack im Programmgebiet Mülheim 2020 konnten erreicht werden. Mit einer Verstetigung können weitere Familien erreicht und damit u.a. die Bildungssituation der teilnehmenden Kinder nachhaltig verändert werden. Auf Grund der veränderten Population in Köln und im Programmgebiet, ist eine Ausweitung der Gruppen auf weitere Sprachen erforderlich. s. Ratsvorlage 2242/2014, Rat 30.09.14 (Finanzierung bis Ende 2016 gesichert)	Maßnahme ist fortzusetzen und dem Fachausschuss und dem Integrationsrat hierüber bis Ende 2015 zu berichten.	Maßnahme ist fortzusetzen und dem Fachausschuss und dem Integrationsrat hierüber bis Ende 2015 zu berichten.
SuW 6	Interkulturelles Lernen als Bestandteil der Ausbildung und Fortbildung .	Interkulturelles Lernen als Bestandteil der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern und als Bestandteil des Schulunterrichtes	Hohe Priorität Umsetzung erfolgt im lfd. Geschäft der Verwaltung. Die Verankerung von interkulturellem Lernen als Bestandteil des Schulunterrichtes ist eine wichtige Aufgabe. Die Mitarbeiter/-innen von 5001/1 informieren und beraten die Lehrkräfte der Grundschulen und Sek I zu diesem Thema. 5001/1 erarbeitet derzeit Konzepte mit Integrationsagenturen als Kooperationspartnern .zum Thema Interkulturelles Lernen.	Maßnahme ist fortzusetzen und dem Fachausschuss und dem Integrationsrat hierüber bis Ende 2015 zu berichten.	Maßnahme ist fortzusetzen und dem Fachausschuss und dem Integrationsrat hierüber bis Ende 2015 zu berichten.
SuW 7	Interkulturelles Lernen als Bestandteil der Ausbildung von Lehrerinnen	Interkulturelles Lernen als Bestandteil der Ausbildung und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern und als Bestandteil des Schulunterrichtes.	Hohe Priorität; Umsetzung erfolgt im lfd. Geschäft der Verwaltung. Die Verankerung von interkulturellem Lernen als Bestandteil des Schulunterrichtes ist eine wichtige Aufgabe. Die Mitarbeiter/-innen von	Maßnahme ist fortzusetzen und dem Fachausschuss und dem Integrationsrat hierüber bis Ende 2015 zu berichten.	Maßnahme ist fortzusetzen und dem Fachausschuss und dem Integrationsrat hierüber bis Ende 2015 zu berichten.

Ausschusscheck der A-Maßnahmen – Stand Juli 2015

Aus- schus- s/ lfd. Nr.	Thema	Maßnahmenempfehlung der Ex- pertengruppen Februar 2014	Bewertung der Verwaltung + ggfls. zur Umsetzung erforderliche Finanzmittel Sommer 2014	Beschluss des Integrationsrates im Rahmen der Vorberatung Jahreswechsel 2014/2015	Maßnahmenempfehlung – Beschluss des inhaltlich zustän- digen Fachausschusses Jahreswechsel 2014/2015
	und Lehrern		5001/1 informieren und beraten die Lehrkräfte der Grundschulen und Sek I zu diesem Thema. 5001/1 erarbeitet derzeit Konzepte mit Integrationsagenturen als Kooperationspartnern .zum Thema Interkulturelles Lernen.		
SoSe 1	Projekt ‚Men- toren für Flüchtlinge	Projekt ‚Mentoren für Flüchtlinge‘: Kooperation mit dem Projekt ‚Mentoren für Flüchtlinge‘ zur Beratung und Beschulung von Flüchtlingen.	Wird bereits umgesetzt Das Konzept „Projekt zur außerschulischen Betreuung von Flüchtlingskindern durch ehrenamtliche Patinnen und Paten“ liegt vor. Ab dem 01.05.2014 sollen über einen Zeitraum von 4 Jahren jährlich bis zu 80 ehrenamtliche Patenschaften für Flüchtlingskinder in Grundschulen eingerichtet werden, die auf jeweils 12 Monate angelegt sind. Die Patinnen und Paten sollen Kontakte zwischen Eltern/ Kindern, Schule, Betreuung in Flüchtlingsheimen und außerschulischen Angeboten herstellen. Träger sind die Freiwilligenagentur und der Kölner Flüchtlingsrat. Die Kosten sind über den Ratsbeschluss 0810/2014 mit 77.800 p.a. für 4 Jahre abgesichert.	Maßnahme ist fortzusetzen und dem Fachausschuss und dem Integrationsrat hierüber bis Ende 2015 zu berichten.	Maßnahme ist fortzusetzen und dem Fachausschuss und dem Integrationsrat hierüber bis Ende 2015 zu berichten.
SoSe 2	Auszugsmanagement“ für Flüchtlinge in Regelwohnraum:	Projekt „Auszugsmanagement“ für Flüchtlinge in Regelwohnraum: Bedarfsgerechter Ausbau des Auszugsmanagements. Zuschusserhöhung wird durch Einsparung der Wohnheimkostenunterbringung kompensiert.	Wurde bereits umgesetzt Die Empfehlung des Runden Tisches für Flüchtlingsfragen vom 24.01.14 zur Einrichtung einer 3. Vollzeitstelle „Auszugsmanagement“ wurde im Mai 2014 umgesetzt. Umsetzung erfolgt im lfd. Geschäft der Verwaltung	Maßnahme ist fortzusetzen und dem Fachausschuss und dem Integrationsrat hierüber bis Ende 2015 zu berichten.	Maßnahme ist fortzusetzen und dem Fachausschuss und dem Integrationsrat hierüber bis Ende 2015 zu berichten.

Ausschusscheck der A-Maßnahmen – Stand Juli 2015

Aus- schus- s/ lfd. Nr.	Thema	Maßnahmenempfehlung der Ex- pertengruppen Februar 2014	Bewertung der Verwaltung + ggfls. zur Umsetzung erforderliche Finanzmittel Sommer 2014	Beschluss des Integrationsrates im Rahmen der Vorberatung Jahreswechsel 2014/2015	Maßnahmenempfehlung – Beschluss des inhaltlich zustän- digen Fachausschusses Jahreswechsel 2014/2015
SpoA 1	Gezielte Vereinsbera- tung zur Öffnung der Vereinsarbeit und Vereins- strukturen über Quali- fierungs- maßnahmen unter Diversi- ty Gesichts- punkten	Gezielte Vereinsberatung zur Öff- nung der Vereinsarbeit und Ver- einsstrukturen über Qualifizie- rungsmaßnahmen unter Diversity Gesichtspunkten durch 52 und 5001.	Wird bereits umgesetzt Entsprechende Fortbildungsmaß- nahmen sind federführend Aufgabe der Sportfachverbände sowie des Stadt-SportBundesKöln. Im Rah- men der Qualifizierungsoffensive werden u.a. Übungsleiter-C- Ausbildungen zum Thema Inklusion und anderen Schwerpunkten von 52 finanziell gefördert. Umsetzung erfolgt im lfd. Geschäft der Verwal- tung.	Text im AN/1604/2014: „Die Verwaltung wird aufgefordert, den Umfang der diesbezüglichen Fortbildungen bei den Sportfach- verbänden und dem Stadtsport- bund abzufragen, das Konzept der Qualifizierungsoffensive vorzulegen und die finanzielle Beteiligung der Sportverwaltung darzustellen.“	Der SpoA (12.03.15) nimmt die Beantwortung der Verwaltung zu den Fragen aus dem Änderungsan- trag zur Kenntnis.
SpoA 2	Aufnahme der Thematik im Rahmen der Weiter- entwicklung der Sporta- genda 2015	Aufnahme der Thematik im Rah- men der Weiterentwicklung der Sportagenda 2015; Einbeziehung der Personalressource ‚Referent/-in der Sportstadt Köln‘.	Wird bereits umgesetzt Die Einrichtung der Personalres- source ‚Referent der Sportstadt Köln e.V.‘ wurde beschlossen und nimmt nach Ablauf der Ausschrei- bungsfrist seine Arbeit auf. Hierbei ist zur Kenntnis zu nehmen, dass diese Referentenstelle die unter- schiedlichsten Themen der Sporta- genda 2015 bearbeiten soll und aufgrund des festgelegten befristeten Zeitraumens nur eine begrenzte Kapazität nutzen kann. Umsetzung erfolgt durch Umschichtung	Maßnahme ist fortzusetzen und dem Fachausschuss und dem In- tegrationsrat hierüber bis Ende 2015 zu berichten.	Maßnahme ist fortzusetzen und dem Fachausschuss und dem In- tegrationsrat hierüber bis Ende 2015 zu berichten.
SpoA. 3	Gezielte Vereinsbera- tung zu Pro- jekten unter Diversity Gesichts- punkten	Förderung von Projektmaßnahmen ,Integration durch Sport . Gezielte Vereinsberatung zu Pro- jekten unter Diversity Gesichts- punkten durch 52 und 5001 und vorhandene Strukturen bei der Sportjugend Köln (Sportbildungsre- ferent); es soll weiter versucht Mit-	Wird bereits umgesetzt Vereinsarbeit und Integration ist in der Praxis der Sportverwaltung ein- laufen-der Prozess, der von den Spitzenverbänden, Landesverbän- den und vom SSBK und Sportju- gend Köln begleitet wird. Umset- zung erfolgt im lfd. Geschäft der	Text im AN/1604/2014: „Die Verwaltung wird aufgefordert, den in der Stellungnahme be- schriebenen Prozess zur Praxis von ‚Vereinsarbeit und Integration‘ beispielhaft darzustellen.“	Der SpoA (12.03.15) nimmt die Beantwortung der Verwaltung zu den Fragen aus dem Änderungsan- trag zur Kenntnis.

Ausschusscheck der A-Maßnahmen – Stand Juli 2015

Aus- schus- s/ lfd. Nr.	Thema	Maßnahmenempfehlung der Ex- pertengruppen Februar 2014	Bewertung der Verwaltung + ggfls. zur Umsetzung erforderli- che Finanzmittel Sommer 2014	Beschluss des Integrationsrates im Rahmen der Vorberatung Jahreswechsel 2014/2015	Maßnahmenempfehlung – Beschluss des inhaltlich zustän- digen Fachausschusses Jahreswechsel 2014/2015
		tel aus dem Bund-Länder Pro- gramm Integration durch Sport nach Köln zu holen.	Verwaltung		
SpoA. 4	Schaffung von Netz- werken vor Ort zwischen Sportverei- nen und Migrantenor- ganisationen	Netzwerke vor Ort zwischen Sport- vereinen und Migrantenorganisati- onen: Schaffung von Netzwerken in Anlehnung an die Projekte Spo-BIG MÜLHEIM 2020, Sport im Sozial- raum/ in Metropolen).	Wird bereits umgesetzt Umsetzung erfolgt im lfd. Geschäft der Verwaltung	Text im AN/1604/2014: „Die Verwaltung wird aufgefordert darzustellen, welche Netzwerke zwischen Sportvereinen und Mig- rantenorganisationen aktuell bereits bestehen.“	Der SpoA (12.03.15) nimmt die Beantwortung der Verwaltung zu den Fragen aus dem Änderungsan- trag zur Kenntnis.
SpoA. 5	Maßnahmen zur gezielten Mädchenför- derung mit und ohne Zuwande- rungsge- schichte im Sport	Maßnahmen zur gezielten Mäd- chenförderung mit und ohne Zu- wanderungsgeschichte im Sport (in Anlehnung an die jetzt über Pro Veedel Mittel (52 Sportamt / Sozi- alamt), Sport in Metropolen (52) wie auch über das Bund-Länder- Programm Integration durch Sport geförderten Projekte.	Wird bereits umgesetzt Bezuschussungen und Beihilfen an die Vereine sind fortlaufend vor- handen. Im Rahmen der EU- Osterweiterung / Flüchtlingsauf- kommen wird mit der Sportselbst- verwaltung in Köln, dem SSBK, bereits kooperiert. Bildung und Teilhabe (BuT), Kids in die ClubsUmsetzung erfolgt im lfd. Geschäft der Verwaltung	Maßnahme ist fortzusetzen und dem Fachausschuss und dem In- tegrationsrat hierüber bis Ende 2015 zu berichten.	Maßnahme ist fortzusetzen und dem Fachausschuss und dem In- tegrationsrat hierüber bis Ende 2015 zu berichten.
SpoA. 6	Einrichtung einer Koordi- nierungsstel- le, z.B. im Rahmen der Weiterent- wicklung der Sportagenda 2015 und im Rahmen der Sportstadt Köln.	Einrichtung einer Koordinierungs- stelle, z.B. im Rahmen der. Weiter- entwicklung der Sportagenda 2015 und im Rahmen der Sportstadt Köln. Kosten: 60.000,- €/Jahr	Hohe Priorität keine zusätzlichen Ressourcen erforderlich. Im Rahmen des Auf- gabengebietes zur Sportförderung werden betreffende Arbeitsabläufe von 52 im Rahmen vorhandener Stellenkapazitäten per-sonell be- dient. Es wurde bereits ein erster Schritt eingeleitet, der aktuell für ausreichend erachtet wird.	Maßnahme ist fortzusetzen und dem Fachausschuss und dem In- tegrationsrat hierüber bis Ende 2015 zu berichten.	Maßnahme ist fortzusetzen und dem Fachausschuss und dem In- tegrationsrat hierüber bis Ende 2015 zu berichten.

Ausschusscheck der A-Maßnahmen – Stand Juli 2015

Aus- schus- s/ lfd. Nr.	Thema	Maßnahmenempfehlung der Ex- pertengruppen Februar 2014	Bewertung der Verwaltung + ggfls. zur Umsetzung erforderli- che Finanzmittel Sommer 2014	Beschluss des Integrationsrates im Rahmen der Vorberatung Jahreswechsel 2014/2015	Maßnahmenempfehlung – Beschluss des inhaltlich zustän- digen Fachausschusses Jahreswechsel 2014/2015
SoSe 8	Konsequente Interkulturelle Öffnung der Seniorenber- atungsstel- len im Be- reich der Freizeitge- staltung und der Bera- tung.	Seniorenberatung für ältere Mig- rant/-innen in der Muttersprache Sicherstellung der angemessenen Teil-habe älterer Menschen mit Zuwanderungsgeschichte an den Angeboten im Bereich der Freizeit- gestaltung und der Beratung.	Hohe Priorität Die Fachverwaltung hat zur Durch- führung der Beratungsleistungen für Senioren/Innen die Wohlfahrts- verbände beauftragt. Sie wird die Umsetzung der Maßnahmenemp- fehlung im Rahmen der nächsten Vertragsverhandlungen mit den Wohlfahrtsverbänden beraten und anstreben, sie im Vertrag zu veran- kern. Umsetzung erfolgt im lfd. Geschäft der Verwaltung	Maßnahme ist fortzusetzen und dem Fachausschuss und dem In- tegrationsrat hierüber bis Ende 2015 zu berichten.	Maßnahme ist fortzusetzen und dem Fachausschuss und dem In- tegrationsrat hierüber bis Ende 2015 zu berichten.
SoSe 9	Konsequente interkulturelle Öffnung der Angebots- strukturen – Qualifizie- rung des Pflegeperso- nals	Sicherstellung der angemessenen Teil-habe älterer Migrantinnen und Migranten an den infrastrukturellen Angeboten im offenen, ambulanten, stationären Pflegebereich. Interkulturelle Qualifizierung des Personals im Pflegebereich. Kon- sequente interkulturelle Öffnung der Angebotsstrukturen.	Hohe Priorität Die ambulanten und stationären pflegerischen Angebote werden nach § 72 SBG XI durch die Ver- bände der Freien Wohlfahrtspflege, der privaten Träger sowie die Sozi- albetriebe Köln gGmbH erbracht und von Kunden, Pflegekassen und Sozialhilfeträgern finanziert. Im Rahmen der nächsten Pflegekonfe- renz wird die Verwaltung für die konsequente interkulturelle Öffnung der pflegerischen Versorgung und der Qualifizierung des Personals weben. Umsetzung erfolgt im lfd. Geschäft der Verwaltung	Maßnahme ist fortzusetzen und dem Fachausschuss und dem In- tegrationsrat hierüber bis Ende 2015 zu berichten.	Maßnahme ist fortzusetzen und dem Fachausschuss und dem In- tegrationsrat hierüber bis Ende 2015 zu berichten.
SoSe 10	Konsequente interkulturelle Öffnung der Angebots- strukturen im offenen, ambulanten,	Sicherstellung der angemessenen Teil-habe älterer Migrantinnen und Migranten an den infrastrukturellen Angeboten im offenen, ambulanten, stationären Pflegebereich. Konse- quente interkulturelle Öffnung der Angebotsstrukturen.	Hohe Priorität Die ambulanten und stationären pflegerischen Angebote werden nach § 72 SBG XI durch die Ver- bände der Freien Wohlfahrtspflege, der privaten Träger sowie die Sozi- albetriebe Köln gGmbH erbracht	Maßnahme ist fortzusetzen und dem Fachausschuss und dem In- tegrationsrat hierüber bis Ende 2015 zu berichten.	Maßnahme ist fortzusetzen und dem Fachausschuss und dem In- tegrationsrat hierüber bis Ende 2015 zu berichten.

Ausschusscheck der A-Maßnahmen – Stand Juli 2015

Aus- schus- s/ lfd. Nr.	Thema	Maßnahmenempfehlung der Ex- pertengruppen Februar 2014	Bewertung der Verwaltung + ggfls. zur Umsetzung erforderliche Finanzmittel Sommer 2014	Beschluss des Integrationsrates im Rahmen der Vorberatung Jahreswechsel 2014/2015	Maßnahmenempfehlung – Beschluss des inhaltlich zustän- digen Fachausschusses Jahreswechsel 2014/2015
	stationären Pflegebe- reich.		und von Kunden, Pflege-kassen und Sozialhilfeträgern finanziert. Im Rahmen der nächsten Pflege- konferenz wird die Verwaltung für die konsequente interkulturelle Öffnung der pflegerischen Versor- gung und der Qualifizierung des Personals werben. Umsetzung erfolgt im lfd. Geschäft der Verwal- tung		
WA 3	Prüfung der Projekterfah- rungen bei ,Mülheim 2020‘ hin- sichtlich ei- ner evtl. stadtweiten Verstetigung einzelner Projekte.	Prüfung der Projekterfahrungen bei ,Mülheim 2020‘ hin-sichtlich einer evtl. stadtweiten Verstetigung ein- zelner Pro-ekte.	Wird bereits umgesetzt; Eine Eva- luation der Projekterfahrung von ,MÜLHEIM 2020“ - wird im Herbst 2014 vorliegen. Zur Sicherung der Nachhaltigkeit von MÜLHEIM 2020 wird die Verwaltung dem Rat die Umsetzung eines Maßnahmenpa- kets, das bis 2016 fortgesetzt wird, vorschlagen. Dieses Maßnahmen- paket enthält auch Projekte zu den Bereichen Arbeitsmarkt und Wirt- schaft. eine Evaluation der Pro- jekterfahrung von „MÜLHEIM 2020“ - wird im Herbst 2014 vorliegen. Ratsvorlage 2242/2014; Rat 30.09.14		